

## Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 22.02.2021,  
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:00 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Markus Jasper Heek

#### Mitglieder:

Volker Jürgen Himmel	Gronau
Ludger Konrad	Stadtlohn
Theo Sanders	Bocholt
Michael Hösing	Bocholt
Frank Hadder	Borken
Stephanie Pohl	Gescher
Bernhard Schemmer	Reken
Daniel Höschler	Bocholt
Norbert Schlenker	Gescher
Matthias Haase	Schöppingen
Vera Timotijevic	Bocholt
Richard Henrichs	Stadtlohn
Wolfgang Warschewski	Raesfeld
Heinz-Josef Ostendorf	Vreden
Edgar Gebing	Vreden
Robert Brandt	Gronau
Dr. Heinrich Render	Ahaus

anwesend ab 17.04 Uhr/  
während TOP 1

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Christian Abbing	
Dr. Gerswid Altenhoff-Weber	
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Dr. Elisabeth Schwenzow	Verwaltungsvorstands- mitglied
Olaf Sobek	
Peter Sonntag	
Karl-Peter Theis	
Eva-Maria Wilde	

**Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Jasper eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Beratung des Haushaltsentwurfes 2021 für das Budget 07 - Verkehr  
Vorlage: 0095/2021/KREIS**

---

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Dem Entwurf des Kreishaushalts für das Jahr 2021, bezogen auf das Budget 07 – Verkehr, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird folglich empfohlen, den Haushalt 2021 zu verabschieden.

**Punkt 1.1: Verkehrsaufklärungskampagne für mehr Rücksichtnahme auf Wirtschaftswegen im Kreisgebiet - Antrag 07-01 UWG/Stadtpartei-Fraktion**

---

Herr Warschewski spricht sich für lokale Pressearbeit zur gegenseitigen Rücksichtnahme auf Wirtschaftswegen in Form von Radiobeiträgen und Zeitungsartikeln aus. Die Aufstellung von weiteren Verkehrsschildern auf Wirtschaftswegen hält er nicht für zielführend.

Frau Dr. Schwenzow teilt mit, die Verwaltung werde mit den für Wirtschaftswegen zuständigen kreisangehörigen Kommunen Kontakt aufnehmen und die Thematik erörtern. Die Absprachen könnten in der kommenden Ausschusssitzung vorgestellt werden.

Der Antrag wird somit in die nächste Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauen vertagt.

**Beschluss:** vertagt

**Punkt 1.1.1: Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 07-01 der Fraktion UWG/Stadtpartei "Verkehrsaufklärungskampagne für mehr Rücksichtnahme auf Wirtschaftswegen im Kreisgebiet"  
Vorlage: 0117/2021/KREIS**

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 1.2: Fortschreibung des Mobilitätskonzeptes - Antrag 07-02 Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

---

Frau Timotijević führt aus, nach Ihrer Meinung bestehe im Kreisgebiet ein Flickenteppich von verschiedenen Mobilitätsmaßnahmen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wünsche ein ganzheitliches Konzept für den Kreis Borken. Hierzu solle die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes durch Externe beauftragt werden.

Frau Dr. Schwenzow informiert, der Nahverkehrsplan (NVP) des Kreises Borken gebe einen Rahmen für die Ausgestaltung des ÖPNV im Kreisgebiet und sei zudem zentrales Steuerungsinstrument zur Weiterentwicklung. Der aktuelle NVP habe eine deutliche Ausweitung des ÖPNV-Angebotes im Kreis bewirkt. Im Rahmen des Mobilitätskonzeptes wurde ein Maßnahmenkatalog in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV (IAG ÖPNV) entwickelt, der übergeordnete Ziele als auch verschiedene Maßnahmenblöcke wie „gutes Verbindungsnetz für Fußgänger, Radfahrer, MIV und ÖPNV“, „starker ÖPNV“, „gute Verknüpfung der Verkehrsangebote“ und „sonstiges“ aufweist. Die Maßnahmenblöcke wurden ebenfalls mit diversen Maßnahmen gefüllt. Die IAG ÖPNV habe einstimmig vorgeschlagen, den strukturierten Maßnahmenkatalog nicht weiter schriftlich auszuformulieren. Vielmehr sollte sich der Ausschuss jährlich mit dem Mobilitätskonzept beschäftigen und es aktualisieren. Der Ausschuss wurde eng in diesen Prozess mit einbezogen.

Das Mobilitätskonzept wurde bereits bei der Planung des Baumwollexpresses aufgegriffen. Es wird noch in Teilen durch eine externe Agentur überarbeitet und in der kommenden Sitzung des Ausschusses vorgestellt. Die Verwaltung plane auch, das Konzept verschriftlichen zu lassen.

Frau Timotijević hebt hervor, dass der ÖPNV-Anteil im Kreis Borken deutlich erhöht werden müsse. Drastische CO<sub>2</sub>-Einsparungen seien notwendig. Daher solle das Mobilitätskonzept durch eine Agentur geplant, untersucht, aufgebaut als auch umgesetzt werden.

Herr Höschler stimmt dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Mobilitätskonzeptes zu. Er befürwortet die Vorstellung des überarbeiteten Konzeptes in der nächsten Fachausschuss-Sitzung mit anschließender Aufnahme von Anpassungswünschen des Gremiums sowie Abstimmung dazu.

Herr Himmel bekräftigt die geschilderte Vorgehensweise von Herrn Höschler.

Der Antrag wird zurückgenommen und ggf. in die nächste Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauen vertagt.

**Beschluss:** Antrag zurückgenommen

**Punkt 2: Beratung des Haushaltsentwurfes 2021 für das Budget 09 - Geoinformation und Liegenschaftskataster**  
**Vorlage: 0096/2021/KREIS**

---

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Dem Entwurf des Kreishaushalts für das Jahr 2021, bezogen auf das Budget 09 - Geoinformation und Liegenschaftskataster, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird folglich empfohlen, den Haushalt 2021 zu verabschieden.

**Punkt 3: Beratung des Haushaltsentwurfs 2021 für das Budget 12 - Straßen, Gebäude, Grünflächen**  
**Vorlage: 0069/2021/KREIS**

---

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Dem Entwurf des Haushalts 2021, bezogen auf das Budget 12 – Straßen, Gebäude, Grünflächen, wird zugestimmt.  
Dem Kreistag wird insofern empfohlen, den Haushalt 2021 zu verabschieden.

---

**Punkt 3.1: Entsorgung Grünschnitt der Randstreifen an Kreisstraßen - Antrag 12-01  
UWG/Stadtpartei-Fraktion**

---

Zum Antrag der UWG zur Entsorgung des Grünschnitts an den Randstreifen der Kreisstraßen erläutert Herr Sonntag im Einvernehmen mit Herrn Warschewski, dass er den Sachverhalt prüfen und das Ergebnis in einer der nächsten Sitzungen vorstellen werde.

**Beschluss:** vertagt

---

**Punkt 4: Straßenbericht 2021 und Hochbaubericht 2021  
Vorlage: 0066/2021/KREIS**

---

Frau Timotijević erkundigt sich nach der Ursache für die starke Schwankung des Heizenergieverbrauchs im Berufskolleg am Wasserturm in Bocholt in den Jahren 2017 bis 2019. Herr Sonntag sagt zu, dies zu klären und zur Niederschrift zu nehmen.

*Erklärung:*

*Der Kreis Borken als Schulträger der Bocholter Berufskollegs hat 2017 auch die bauliche Verantwortung von der Stadt Bocholt übernommen. Die Energie- und Wasserversorgung des gesamten Schulzentrums (Gymnasium, Realschule und Berufskolleg) erfolgte vorher über die Stadt Bocholt und die Kosten des Berufskollegs wurden anteilig mit dem Kreis abgerechnet. Im Jahr 2018 wurde ein Gas-Zwischenzähler eingebaut, der eine genauere Differenzierung der Verbrauchswerte des Berufskollegs von den städtischen Schulen ermöglichte, was zu einer deutlichen Reduzierung der Gasverbräuche und –kosten für den Kreis führte. Der erneute Anstieg des Heizenergieverbrauchs in 2019 ist darauf zurückzuführen, dass der Kreis aufgrund der Sanierungsmaßnahme im Berufskolleg am Wasserturm von der Stadt Bocholt Ersatzräume in der ehemaligen Norbertschule angemietet hat, deren Beheizung auch in den Gesamtwert einfließt.*

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Dem Straßenbericht 2021 und dem Hochbaubericht 2021 wird zugestimmt.

---

**Punkt 5: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Kreis Borken  
Vorlage: 0097/2021/KREIS**

---

Frau Dr. Altenhoff-Weber informiert, es solle ein Vorratsbeschluss für die Vereinbarungen im Bündel BOR 5 und BOR 9 mit WestfalenBus (WB) geschlossen werden, damit der Kreis Borken dem Verkehrsunternehmen die pandemiebedingten Fahrgeldausfälle über den ÖPNV-Rettungsschirm ausgleichen könne, um den Fahrbetrieb weiterhin aufrechterhalten zu können. Durch die zu schließenden Not-ÖDA betreibt das Verkehrsunternehmen die Bündel gemeinwirtschaftlich, somit hätte WB einen Anspruch auf die Billigkeitsleistungen aus dem Rettungsschirm. Bei einem eigenwirtschaftlichen Betrieb der Bündel hingegen nicht. Die Verwaltung gehe davon aus, dass auch für das Jahr 2021 Billigkeitsleistungen im ÖPNV gewährt werden. Die konkreten Vereinbarungen mit WB würden im nichtöffentlichen Teil des Kreisausschusses behandelt.

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen empfiehlt dem Kreisausschuss, Folgendes zu beschließen:

1. Der Bericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den ÖPNV wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, weitere Vereinbarungen über die Gewährung von Ausgleichsleistungen zur übergangsweisen Sicherstellung einer ausreichenden Verkehrsbedienung (sog. Not-ÖDA) abzuschließen, soweit es einen weiteren ÖPNV-Rettungsschirm geben wird und sich dessen Rahmenbedingungen inhaltlich und finanziell nicht nachteilig auf den Kreis Borken auswirken.

**Punkt 6: Machbarkeitsstudie Reaktivierung der Bahnstrecke Ahaus - Stadtlohn - Südlohn - Borken**  
**Vorlage: 0106/2021/KREIS**

---

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen unterstützt die Beauftragung der Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Bahnstrecke Ahaus - Stadtlohn - Südlohn - Borken.

**Punkt 7: Tarifmaßnahme zum 01.08.2021 im ÖPNV - WestfalenTarif im Münsterland**  
**Vorlage: 0100/2021/KREIS**

---

Frau Dr. Schwenzow führt aus, der Umsetzung einer Tarifmaßnahme gehe eine Beschlusskette voraus, die in regionalen Tarifgremien ihren Anfang nimmt und grundsätzlich mit einem Beschluss in den Tarifausschüssen der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe beendet wird. Die Zahl der an der Entscheidung mitwirkenden Institutionen sei enorm groß. Zu nennen sind die Kreise, kreisfreien Städte, der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL), die Aufsichtsräte der WVG-Gruppe (RVM, RLG und VKU), die Stadtwerke Münster und Hamm sowie zahlreiche eigenwirtschaftliche Verkehrsunternehmen. Die Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe zählt rund 30 Partner. Die Beschlüsse in der Tarifausschuss-Sitzung der Partner der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe müssten zudem einstimmig beschlossen werden. Somit seien die Verhandlungen zur Tarifmaßnahme wahrlich keine einfache Aufgabe, da unterschiedlichste Interessen zusammengeführt werden müssten. Zähneknirschend hätten die eigenwirtschaftlichen Verkehrsunternehmen der Tarifierhöhung von durchschnittlich 1,34 % zugestimmt, obwohl sie deutlich höhere Kostenentwicklungen geltend gemacht haben (bis zu 4 %). Manche Kreisverwaltungen hätten ebenso die Meinung vertreten, dass die Tarifierhöhung zu gering angesetzt sei, da sie bereits hohe Eigenmittel in den ÖPNV-Bereich einbringen würden. In diesem Zusammenhang sei zu berücksichtigen, dass die Kreise aufgrund der Beteiligung an der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) und der Verträge mit den beauftragten Verkehrsunternehmen alle Kosten zu tragen hätten, die nicht durch eine Tarifierhöhung gedeckt seien. Dieser Umstand erhöhe insoweit auch den Aufwand für den ÖPNV-Bereich im Kreishaushalt.

Herr Höschler betont, die SPD-Fraktion werde, wie auch in der vergangenen Ausschusssitzung, der Tarifierhöhung nicht zustimmen. Sie lehne eine Erhöhung kategorisch ab. Die ÖPNV-Preise müssten attraktiver werden. Eine stärkere Finanzierung über die Kreishaushalte sei angebracht.

Herr Warschewski greift auf, eine Tarifierhöhung sei unausweichlich. Jedoch empfinde er die Preiserhöhung zu Lasten der Abo-Kunden als nicht gerecht.

Herr Brandt unterstreicht, der ÖPNV sei eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und somit Pflichtaufgabe, die der Kreis zu erfüllen sowie zu finanzieren habe. Daher werde der Tarifier-

höhung nicht zugestimmt. Er fordere einen kostenfreien ÖPNV, der durch die Kreisverwaltung finanziert werde.

Herr Himmel teilt mit, bei den Tarifverhandlungen handele es sich um ein extrem komplexes und vielschichtiges Verfahren. Generell müsse man sich im Klaren sein, welche Auswirkungen bestimmte Forderungen auf den Kreishaushalt und somit auch auf die Kreisumlage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden habe. Würden Tarifierhöhungen unterhalb des Indexrahmens beschlossen, so hätten die ÖPNV-Aufgabenträger diesen Schaden zu finanzieren. Die CDU-Fraktion werde der Tarifierhöhung von 1,34 % zustimmen, da sie das Ergebnis des kleinsten gemeinsamen Nenners aller Beteiligten darstelle.

**Beschluss:** beschlossen  
12 x Ja-Stimmen  
6 x Nein-Stimmen  
0 x Enthaltungen

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen empfiehlt dem Kreisausschuss/Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der dargestellten Tarifmaßnahme zum 01.08.2021 mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Ticketpreise um 1,34 % wird zugestimmt.

**Punkt 8: Baumwollexpress: Beteiligung am Förderaufruf zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs**  
**Vorlage: 0098/2021/KREIS**

---

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen empfiehlt dem Kreisausschuss/Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich am Bundeswettbewerb Modellprojekte zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Projekt „Einführung der SchnellBus-Linie X 80 Baumwollexpress“ zu beteiligen und über den Fortgang des Wettbewerbs zu berichten.

**Punkt 9: Vertrag über die Organisation und den Aufwändungsersatz für den Orts- und Stadtverkehr in Gronau**  
**Vorlage: 0099/2021/KREIS**

---

Auf Nachfrage aus dem Gremium erläutert Frau Dr. Altenhoff-Weber, dass die Barrierefreiheit für Personen, die auf einen Rollator oder Rollstuhl angewiesen sind oder Personen mit Kinderwagen in den On-Demand-Verkehren gegeben sei. Fahrten des On-Demand-Verkehrs können neben der App-Buchung auch telefonisch bestellt werden.

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen empfiehlt dem Kreisausschuss/Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Landrat wird beauftragt, den Vertrag über die Organisation und den Aufwändungsersatz für den Orts- und Stadtverkehr (Anlage) mit Gronau abzuschließen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen und Anpassungen an diesem Vertrag vorzunehmen, wenn diese dazu dienen, die Leistungen im Orts- und Stadtverkehr klar-

zustellen und zu konkretisieren.

Entsprechendes gilt, wenn die Anpassungen dazu dienen, die Zahlungsverpflichtungen der Stadt Gronau zu konkretisieren.

3. Der Landrat wird ermächtigt, die Durchführung des On-Demand-Verkehrs als Stadtverkehr in Gronau und die Erbringungen der Verkehrsleistungen der Stadtverkehrslinie 889 Gronau Gesamtschule auf der Grundlage des mit der RVM bestehenden Dienstleistungsauftrags zu beauftragen.
4. Die von der Stadt Gronau festgelegte Neugestaltung des Stadtverkehrs wird als Bestandteil des Nahverkehrsplanes übernommen.

---

**Punkt 10:       Kostenfreie ÖPNV-Anreise zum Impfzentrum;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 20.01.2021  
Vorlage: 0037/2021/KREIS**

---

Frau Dr. Schwenzow berichtet, die Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe habe am 10.02.2021 beschlossen, eine kostenlose ÖPNV-Anreise zum Impfzentrum für die Überachtzigjährigen zusammen mit einer Begleitperson zu ermöglichen. Dieser Beschluss werde jedoch nicht automatisch auf die Gruppe der 70- bis 80-jährigen Personen übertragen.

Der Antrag wird zurückgenommen.

**Beschluss:**                               Antrag zurückgenommen

---

**Punkt 10.1:     Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Kostenfreie ÖPNV-Anreise zum Impfzentrum" v. 20.01.2021 (Vorlage 037/2021/KREIS)  
Vorlage: 0112/2021/KREIS**

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 11:       Entschärfung der Verkehrssituation in Vreden-Lünten;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 22.01.2021  
Vorlage: 0043/2021/KREIS**

---

Frau Dr. Schwenzow erklärt, die im Antrag geschilderte Verkehrssituation in Vreden-Lünten werde im Rahmen einer örtlichen Verkehrsschau der Straßenverkehrsbehörde (hier: Kreisverwaltung) unter Beteiligung der Straßenbaubehörde und Polizei überprüft. Die Kommune werde hierzu auch eingeladen. Die Verkehrsschau in Vreden sei bereits für 2020 vorgesehen worden, durch die Covid-19-Pandemie habe die Verkehrsschau bislang nicht stattgefunden.

Frau Dr. Altenhoff-Weber ergänzt, die örtliche Politik werde ebenfalls zur Verkehrsschau eingeladen. Die Verkehrsschau sei ein klares und transparentes Verfahren. Vor Ort werde der Zustand, die Sichtbarkeit der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sowie die Beseitigung möglicher Gefahren im öffentlichen Verkehrsraum überprüft. Die jeweiligen örtlichen und verkehrlichen Bedingungen werden in ihrer Gesamtheit betrachtet. Entscheidungen würden im Einvernehmen zwischen der Straßenverkehrs-, Straßenbaubehörde und der Polizei getroffen.

Der Antrag wird somit nach stattgefundener örtlicher Verkehrsschau in die darauffolgende Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauen vertagt.

**Beschluss:** vertagt

**Punkt 12: Verlängerung R61 im Rahmen des Berkelfestivals;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 22.01.2021  
Vorlage: 0054/2021/KREIS**

---

Der Antrag wird zurückgezogen mit der Bitte, dass die Verwaltung Kontakt mit dem Festivalveranstalter und der Kommune aufnehmen möge, ob diese einen Shuttleservice für das Festival einrichten möchten und für diese Beauftragung Unterstützung seitens der Kreisverwaltung wünschen.

**Beschluss:** Antrag zurückgenommen

**Punkt 12.1: Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Verlängerung R61 im Rahmen des Berkelfestivals" v. 22.01.2021 (Vorlage 054/2021/KREIS)  
Vorlage: 0105/2021/KREIS**

---

Eine Verlängerung der Buslinie R 61 im Rahmen des Berkelfestivals wird nicht weiterverfolgt. Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 13: Ökologischer Kriterienkatalog für Bauvorhaben;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 22.01.2021  
Vorlage: 0058/2021/KREIS**

---

Frau Timotijević erläutert den Antrag und betont, dass es angesichts der klimatischen Entwicklung wichtig sei, dass auch der Kreis Borken bei seinen Neubauprojekten ökologische Kriterien berücksichtige, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Herr Grothues verweist auf die vielen ökologisch und energetisch sinnvollen Maßnahmen, die der Kreis Borken seit Jahren bei den Hochbauprojekten durchführe, etwa das grundsätzlich nachhaltige Bauen, das deponiegasbetriebene BHKW am Kreishaus, die Geothermie-Anlage an der Brüder-Grimm-Schule Gescher, das Biogas-BHKW am Berufskolleg Borken oder die zahlreichen Photovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden. Nicht ohne Grund sei der Kreis mit dem european energy award in Gold ausgezeichnet worden und wurde 2019 rezertifiziert. Beim derzeitigen Ergänzungsbau am Kreishaus Borken seien aus der im Antrag aufgeführten Liste sieben Kriterien problemlos zu erfüllen.

Vorsitzender Jasper erkundigt sich, wie viele Neubauten die Gebäudewirtschaft des Kreises Borken pro Jahr durchführe. Seines Wissens sei die Zahl sehr überschaubar, auch sei der Kreis weniger Auftraggeber für Bauträger, denen man diese Kriterien im Rahmen von kommunalen Bauprojekten auferlegen könne.

Herr Sonntag bestätigt, dass die Gebäudewirtschaft des Kreises zurzeit nur den Ergänzungsbau am Kreishaus errichte und eine Dreifachsporthalle in Bocholt in Planung sei (*Ergänzung: Eine weitere Rettungswache in Reken ist auch in Planung*). Es sei vergaberechtlich auch unzulässig, bei öffentlichen Ausschreibungen die Auftragsvergabe davon abhängig zu machen, dass Auftragnehmer Kriterien aus dem vorgelegten Katalog erfüllten. Er sehe jedoch keinen Widerspruch zur Intention des Antrags, Kriterien der Nachhaltigkeit, des Arten- und Klimaschutzes bei Neubauprojekten des Kreises zu berücksichtigen. Die politischen Gremien würden in der Planungsphase informiert, da Neubauprojekte in den Ausschüssen und im Kreistag vorgestellt würden.



Frau Timotijević erklärt, dass sie den Antrag zurückziehe, weil die Verwaltung festgestellt habe, dass er vergaberechtlich nicht umzusetzen sei.

**Beschluss:** Antrag zurückgenommen

---

**Punkt 14: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Keine.

---

**Punkt 15: Anfragen**

---

**Punkt 15.1: Ausfall von Bürgerbussen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie;  
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 22.01.2021  
Vorlage: 0053/2021/KREIS**

---

Herr Henrichs erkundigt sich, ob im Kreisgebiet Versorgungslücken durch den Ausfall von BürgerBussen entstanden seien. Diese Frage könne er der Stellungnahme der Verwaltung nicht eindeutig entnehmen.

Frau Dr. Schwenzow fügt ein, dass keine kreisangehörige Kommune wegen Versorgungslücken im ÖPNV oder weiterer ÖPNV-Bedarfe auf die Kreisverwaltung zugegangen sei.

Frau Dr. Altenhoff-Weber ergänzt, der ÖPNV-Bedarf sei in der Pandemielage sehr zurückgegangen. Generell würden BürgerBusse das Verkehrsangebot optimieren. Bei kleineren Kommunen käme der klassische Linienverkehr meist an seine Grenzen. Hier sei die Einführung von BürgerBussen zur weiteren örtlichen Erschließung sinnvoll. Die jeweilige Kommune schätzt ab, ob es noch anderweitige Bedarfe über den BürgerBus hinaus gibt, die abgedeckt werden müssen.

**Punkt 15.1.1: Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Ausfall von Bürgerbussen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie" v. 22.01.2021 (Vorlage 053/2021/KREIS)  
Vorlage: 0104/2021/KREIS**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 15.2: Zuständigkeit beim Winterdienst**

---

Herr Höschler bittet um Information über die Zuständigkeiten beim Winterdienst, weil er schon mehrmals von Bürgerinnen und Bürgern darauf angesprochen worden sei. Herr Sonntag berichtet, dass der Kreisbauhof für das Räumen und Streuen auf Kreisstraßen außerorts zuständig sei. Innerörtliche Straßen und Wege – auch Kreisstraßen innerhalb der Ortsdurchfahrten – seien grundsätzlich Angelegenheit der Kommunen. Es gebe jedoch Vereinbarungen zwischen Kreis und örtlichen Kommunen über die Übertragung des Winterdienstes, wenn es im Räum- und Streuplan günstiger sei, dass eine Strecke durchgängig befahren werde. Grundsätzlich habe der Kreis aber nur eine Winterdienstpflicht im Rahmen seiner Kapazitäten.

**Punkt 15.3: Schienenverkehr RE 14 – Der Borkener (Borken – Dorsten – Bottrop – Essen) und RB 45 – Der Coesfelder (Coesfeld – Dorsten)**

---

Herr Himmel weist darauf hin, die Leistung der Verbindung RE 14 sei unterirdisch und nicht mehr hinnehmbar. Er bittet die Verwaltung diese Informationen mit in die entsprechenden Gremien zu nehmen, um eine positive Auswirkung auf die Leistung der NordWestBahn zu forcieren.

Herr Schemmer ergänzt, die Verbindung RB 45 würde die Schlechtleistung der RE 14 noch einmal um einiges übertreffen.

Frau Dr. Schwenzow informiert, im Bereich des Schienenverkehrs sei es zunehmend schwer geworden, qualitativ hochwertige Angebote von zuverlässigen Unternehmen zu erhalten und dann auch vergeben zu können.

**Ende des öffentlichen Teils**

**B. Nichtöffentlicher Teil****Punkt 16: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Keine.

**Punkt 17: Anfragen**

---

Keine.

Der Vorsitzende Herr Jasper schließt die Sitzung.

---

Gez.  
Markus Jasper

---

Gez.  
Eva-Maria Wilde

---

Gez.  
Olaf Sobek